

WELT FFENER KREIS PADERBORN

Das Handlungskonzept zur Prävention gegen
Rechtsextremismus und Rassismus

VIELFALT-
lieben.de



KREISMUSEUM
Wewelsburg



WELT FFENER KREIS PADERBORN

Leitziel

Der Kreis Paderborn handelt geschlossen gegen Alltagsrassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Wir stehen für Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt und für einen respektvollen Umgang im persönlichen und gesellschaftlichen Miteinander.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	8
2. Das Landesförderprogramm „NRWeltoffen“	9
3. Das Handlungskonzept	11
3.1. Entstehung des lokalen Handlungskonzeptes im Kreis Paderborn	11
3.2. Umsetzung des Handlungskonzeptes	12
3.3. Handlungsempfehlungen	15
3.3.1. Erziehung und Bildung	16
3.3.2. Sport und Freizeit	20
3.3.3. Medien und Kultur	24
3.3.4. Sicherheit und Ordnung	28
3.3.5. Integration, Emanzipation und Religion	32
4. Problemaufriss: Rassismus und rechte Strukturen im Kreis Paderborn	36
5. Lokale Anlaufstellen bei Fragen zu Rassismus und Rechtsextremismus	42
Quellenverzeichnis	44

Geleitwort

Mit dem Motto „Menschen verbinden“ bin ich im Jahr 2020 zur Landratswahl angetreten. Genau dieses Leitbild verfolge ich täglich bei der Ausführung meines Amtes. Umso mehr freue ich mich, dass wir mit dem landesgeförderten Projekt „NRWeltoffen“ bereits seit 2017 viele Menschen zusammenbringen und bei ihrer Arbeit für einen weltoffenen Kreis Paderborn unterstützen konnten. Mittlerweile hat sich so ein starkes und breites Netzwerk gebildet, das sich gemeinschaftlich für eine solidarische Gesellschaft auf allen Ebenen einsetzt.



Bei meiner Arbeit erlebe ich die Bürgerinnen und Bürger im Kreisgebiet immer wieder als sehr weltoffen und hilfsbereit. Ich lerne unglaublich viele Menschen kennen, die sich tagtäglich in allen gesellschaftlichen Bereichen für ein friedliches, angstfreies und freundliches Miteinander einsetzen und damit zeigen, dass Ausgrenzung und Diskriminierung in unserem Kreis keinen Platz haben. Die kulturelle Vielfalt, das solidarische Zusammenstehen und den gegenseitigen Respekt empfinde ich als große Stärke unserer Region.

Ich bin sehr dankbar für dieses Engagement, denn es ist nötig. Immer wieder versuchen rechte Demagogen die Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben und Krisen wie die Corona-Pandemie politisch für ihre Zwecke zu missbrauchen. Anschläge wie in Hanau und Halle zeigen, dass aus Worten auch Taten werden und die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und bleibt.

Es ist mir deshalb ein wichtiges Anliegen, mit diesem aktualisierten Handlungskonzept ein neuerlich starkes Zeichen gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu setzen. Mein besonderer Dank gilt allen Bürgerinnen und Bürgern, Parteien, Institutionen und Vereinen, die sich an der Ausarbeitung des Handlungskonzeptes beteiligt haben und die dort niedergeschriebenen Maßnahmen tagtäglich mit Leben füllen. Insbesondere Menschen, die selbst Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus machen sind eingeladen, das Handlungskonzept weiterzuschreiben und mit kreativen Aktionen und Angeboten zu bestücken.

„...nah bei den Menschen!“ ist das Leitbild des Kreises Paderborn, welches sich auch in diesem Handlungskonzept widerspiegelt. Lassen sie uns auch weiterhin zeigen, dass es hier keinen Platz für Gewalt, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gibt und an einem lebenswerten Kreis Paderborn für alle arbeiten!

Ihr

Christoph Rüther
Landrat des Kreises Paderborn

1. Einleitung

Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes und durch Vielfalt geprägtes Land. Seit Jahrzehnten kommen Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern und Regionen der Welt hierher. Sie arbeiten hier, gründen Familien und nehmen teil am sozialen und kulturellen Leben. Nordrhein-Westfalen zeichnet sich aus durch eine Tradition des gelingenden Miteinanders von Personen unterschiedlicher sozialer, kultureller und ethnischer Herkunft. Getragen wird dies von den Menschen in Nordrhein-Westfalen, von zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen und vor allem durch die Kommunen.

Neben diesem gelingenden Miteinander gibt es aber auch noch eine andere Seite gesellschaftlicher Normalität: Die Allgegenwart rassistischer Ausgrenzung und Diskriminierung gegenüber Menschen, die als „nicht zugehörig“ wahrgenommen werden.

Schon seit einigen Jahren kommt es zu einer deutlichen Zunahme von rassistischen Gewalthandlungen und Äußerungen im öffentlichen Diskurs sowie in den sozialen Medien. Hiervon sind besonders Geflüchtete, Muslime und Muslime betroffen bzw. Menschen, die als solche wahrgenommen werden. In jüngster Zeit kam es vermehrt auch zu antisemitischen Vorfällen. Jüdinnen und Juden nehmen eine drastische Zunahme antisemitischer Äußerungen und Handlungen wahr. Viele fühlen sich in ihrem Alltag bedroht und in ihrer Heimat nicht mehr sicher.

Rassismus und Antisemitismus sind – so der wiederkehrende Befund empirischer Studien – keine ausschließlichen Phänomene extrem rechter Gruppierungen, sondern in allen gesellschaftlichen Schichten und politischen Orientierungen anzutreffen.

Diesen Ideologien der Ungleichheit entgegen zu wirken, ist eine demokratische Notwendigkeit und die Aufgabe einer Vielzahl von Akteuren und Akteurinnen. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der lokalen Ebene zu. Wichtig ist, dass es vor Ort ein bewusstes, präventives und zielgerichtetes Agieren gegen rechtsextreme, rassistische und antisemitische Bestrebungen und für ein respektvolles, durch gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung geprägtes Handeln gibt. Dies zu initiieren, zu unterstützen und zu fördern, ist nicht zuletzt auch eine Aufgabe der Städte, Gemeinden und Kreise.¹

Um die Strukturen dafür zu schaffen, hat das Land Nordrhein-Westfalen das Förderprogramm „NRWeltoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ ins Leben gerufen. Ausgewählte Kreise und kreisfreie Städte werden durch das Programm bei der Ausarbeitung und Umsetzung lokaler Handlungskonzepte zur Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus gefördert, um präventive Maßnahmen zu bündeln, besser aufeinander abzustimmen und weiterzuentwickeln. Der vorliegende Entwurf stellt dabei das lokale Handlungskonzept für den Kreis Paderborn dar.

2. Das Landesförderprogramm „NRWeltoffen“

Basierend auf einem Beschluss im Koalitionsvertrag der beiden im Jahr 2012 regierungsbildenden Parteien wurde unter der Koordination des damaligen Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport ein Handlungskonzept zur Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus für das Land NRW entwickelt. Durch das Handlungskonzept sollen die vielfältigen Aktivitäten der Landesregierung durch eine nachhaltige Strategie besser aufeinander abgestimmt werden. Dafür wurden nicht nur alle relevanten Ministerien, sondern insbesondere auch die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure aus dem Themenfeld eng miteinbezogen. Im Mai 2016 wurde das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus mit insgesamt 166 Maßnahmen für das Land NRW verabschiedet.

„NRWeltoffen“ auf kommunaler Ebene

Rassismus und Antisemitismus entgegenzuwirken ist eine demokratische Notwendigkeit und die Aufgabe einer Vielzahl von Beteiligten, so der Befund der Landeszentrale für politische Bildung. Dabei hat das Land Nordrhein-Westfalen die Bedeutung der lokalen Ebene bei der Prävention von Rechtsextremismus und Rassismus erkannt und fördert seit 2017 ausgewählte Kreise und kreisfreie Städte bei der Entwicklung und Umsetzung passgenauer lokaler Handlungsstrategien zur Vermeidung dieser destruktiven gesellschaftlichen Phänomene. So sind neben dem allgemeinen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus der Landesregierung auch eine Vielzahl an lokalen Handlungskonzepten in verschiedenen Kreisen und kreisfreien Städten entstanden, die an die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort angepasst sind. Der Kreis Paderborn ist bereits seit Anfang 2017 Teil des Programms.

Auch auf kommunaler Ebene lag und liegt der Fokus darauf, die bereits bestehenden Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus sichtbar zu machen und besser aufeinander abzustimmen. Die lokalen Akteure und Akteurinnen sollen dafür gestärkt und stärker miteinander vernetzt werden.

Das Programm „NRWeltoffen“ richtet sich primär gegen Phänomene von Rechtsextremismus und Rassismus und ist darüber hinaus auf die Förderung von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt gerichtet. Die Fördermittel des Landes sind dabei je nach lokalen Gegebenheiten, dem Bedarf vor Ort und der jeweiligen Ausrichtung des Handlungskonzeptes für folgende mögliche Punkte vorgesehen:

- › **Einrichtung einer koordinierenden Fachstelle**
- › **Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Handlungskonzeptes**
 - › **Maßnahmen zur Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure und Akteurinnen in die Konzeptentwicklung und -umsetzung**
 - › **Aktivitäten zur Vernetzung: Organisation eines strukturierten/ regelmäßigen Austausches aller relevanten Akteure und Akteurinnen im Themenfeld**
- › **Maßnahmen zur Qualifizierung: Vermittlung von Bildungs- bzw. Qualifizierungsangeboten für Organisationen, Institutionen, Personen im Bereich Rechtsextremismus- und Rassismusprävention**
 - › **Maßnahmen zur Beratung und Information: Beratungsangebote für Organisationen, Initiativen, Bürgerinnen und Bürger, die im Themenfeld engagiert sind; Durchführung von Informationsveranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen**
- › **Umsetzung von Einzelmaßnahmen in den jeweiligen Handlungsfeldern zur Erreichung der Ziele des Handlungskonzeptes**
- › **Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Informationsbroschüren zum Handlungskonzept, Flyer zu Beratungsangeboten, Internetauftritt))**
 - › **Entwicklung von Monitoring-Verfahren/Durchführung von Maßnahmen zur Überprüfung des Umsetzungsstandes**

3. Das Handlungskonzept

Der Kreis Paderborn hat sich entschieden, seine Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu verstärken und sich aus diesem Grunde für eine Förderung im Rahmen des Landesprogramms „NRWtoffen: Lokales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ beworben. Nach der Bewilligung der Förderung startete das Projekt im Kreis Paderborn Anfang 2017.

3.1. Entstehung des lokalen Handlungskonzeptes im Kreis Paderborn

Wie auf Landesebene wurde auch auf Kreisebene ein besonderer Fokus auf die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Beteiligter bei der Ausarbeitung des lokalen Handlungskonzeptes gelegt. Bei einer über das Projekt informierenden Auftaktveranstaltung fanden sich zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen aus verschiedenen Vereinen, Organisationen, Initiativen und Ämtern, die aktiv an der Ausarbeitung des Handlungskonzeptes mitgewirkt haben und auch heute noch an der Umsetzung mitwirken.

Handlungsfelder

Angelehnt an das Landeskonzept wurden durch ein Steuerungsgremium zuvor folgende fünf zu bearbeitende Handlungsfelder festgelegt:

› **Erziehung und Bildung**

› **Sport und Freizeit**

› **Medien und Kultur**

› **Sicherheit und Ordnung**

› **Integration, Emanzipation und Religion**

Ausgehend von diesen Handlungsfeldern wurden fünf Arbeitsgruppen gebildet, welche in einem etwa zwei Jahre währenden Prozess die Handlungsbedarfe in den jeweiligen Feldern abgesteckt und daraus mögliche Maßnahmen abgeleitet haben.

Abschluss und Verabschiedung des Handlungskonzeptes

Nach der Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen zu einem Handlungskonzept wurde dieses im Dezember 2018 vom Kreistag verabschiedet. Das vorliegende Handlungskonzept stellt nun bereits die dritte überarbeitete und aktualisierte Fassung dar.

3.2. Umsetzung des Handlungskonzeptes

Alle am Handlungskonzept Beteiligten waren und sind sich einig, dass die Arbeit für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft sowie gegen Rechtsextremismus und Rassismus eine Daueraufgabe darstellt, die nicht mit der Erarbeitung des Handlungskonzeptes abschließend bewältigt ist. Deswegen hat sich der Kreis Paderborn entschieden, auch nach der Verabschiedung des Handlungskonzeptes Gelder aus dem Landesprogramm „NRWeltoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ zu beantragen, um die Umsetzung voranzutreiben.

Die koordinierende Fachstelle

Nach Bewilligung der Fördermittel wurde im Mai 2019 die koordinierende Fachstelle neu besetzt. Waren vorherig der Aufbau eines Netzwerkes und die fachliche Begleitung des Entwicklungsprozesses des Handlungskonzeptes die maßgeblichen Aufgaben der Koordinierungsfachkraft, haben sich diese mit der Fertigstellung des Handlungskonzeptes dementsprechend gewandelt. Folgende Aufgabenfelder der Koordinierungsfachkraft lassen sich grob ausmachen:

- **Die fachliche Begleitung des Umsetzungsprozesses des Handlungskonzeptes**
- **Sicherstellung der Vernetzung aller relevanten Akteure und Akteurinnen**
- **Förderung der Qualifizierung von Organisationen und Institutionen sowie Beratung von Akteuren und Akteurinnen**
- **Öffentlichkeitsarbeit zum kommunalen Handlungskonzept**
- **Durchführung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung**

Aufgabe der Koordinierungsfachkraft ist nicht die eigenständige Umsetzung der im Handlungskonzept aufgelisteten Maßnahmen. Stattdessen sollen geeignete Kooperationspartner und –partnerinnen ausgemacht, gegebenenfalls zur Umsetzung der Maßnahmen angeregt und dabei fachlich begleitet und unterstützt werden.

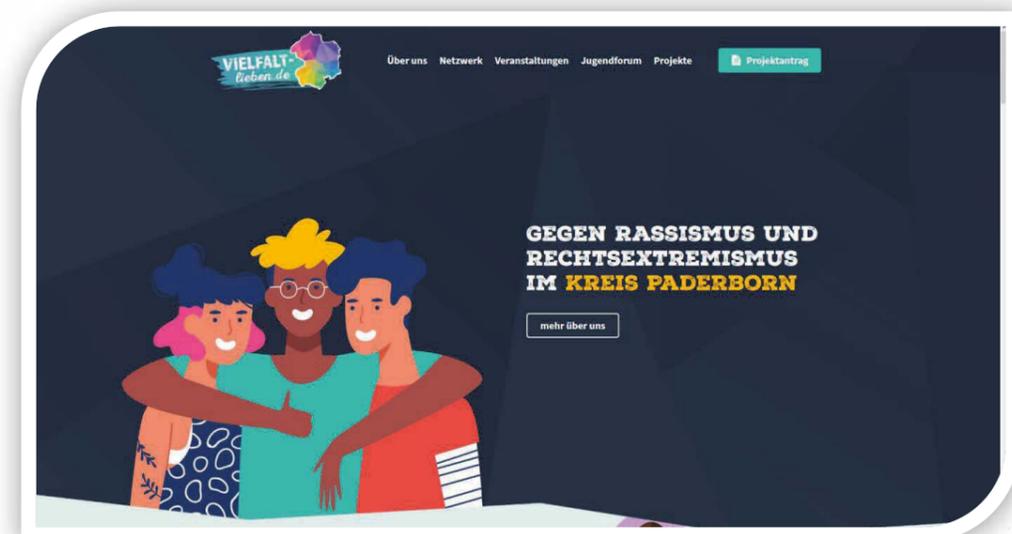
„Partnerschaft für Demokratie“

Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Prävention von Rechtsextremismus und Rassismus gibt es durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Anfang 2019 wurde im Kreis Paderborn eine „Partnerschaft für Demokratie“ eingerichtet, deren Koordinierungs- und Fachstelle das Ziel hat, vielfältige Projekte zur Demokratie- und Toleranzförderung anzustoßen, zu fördern und umzusetzen. Auch im Bundesprojekt liegt der Fokus auf der Beteiligung und Stärkung der Zivilgesellschaft. So stehen im Bundesprogramm Gelder für die Umsetzung von Projekten zur Verfügung, welche etwa von Vereinen und Initiativen beantragt werden können. Aufgrund der inhaltlichen Nähe und der ähnlichen Zielsetzung wurden die beiden Projekte „NRWeltoffen“ und „Demokratie leben!“ im Kreis Paderborn zu einem DemokratieBüro zusammengeschlossen. Beide Projekte sollen sich gegenseitig unterstützen und ergänzen.

Dabei teilen sie sich etwa ein Steuerungsgremium bzw. einen Begleitausschuss. Das Steuerungsgremium besteht aus Vertretern und Vertreterinnen verschiedener Ämter und zivilgesellschaftlicher Vereine und begleitet für „NRWeltoffen“ den Umsetzungsprozess des Handlungskonzeptes und entscheidet bei „Demokratie leben!“ über die Förderung eingegangener Projektanträge.

Das DemokratieBüro „Vielfalt-lieben.de“

Der Zusammenschluss dieser beiden Projekte findet sich auch online unter „vielfalt-lieben.de“ wieder. Der Internetauftritt bietet neben allgemeinen und aktuellen Informationen über die beiden Projekte auch nützliche, den Zielen der Projekte entsprechende Funktionalitäten, wie etwa der Möglichkeit der Beantragung von Geldern oder der Bewerbung eigener themenspezifischer Veranstaltungen und Projekte und setzt damit bereits eine Vielzahl der geforderten Maßnahmen aus dem Handlungskonzept um.



Netzwerkarbeit

Für eine erfolgreiche und nachhaltige Umsetzung des Handlungskonzeptes ist das Projekt „NRWeltoffen“ und die koordinierende Fachstelle stark auf die Zusammenarbeit und Kooperation von im Themenfeld aktiven Personen und Organisationen angewiesen. So wurde während des Entwicklungsprozesses des Handlungskonzeptes bereits ein Netzwerk von Engagierten gebildet, welches in Zukunft weiter vergrößert werden soll. Ziel ist es, ein breites und belastbares Bündnis aufzubauen, das bei der Umsetzung des Handlungskonzeptes unterstützend mitwirkt und gleichzeitig bei der eigenen Arbeit unterstützt wird. Dafür können etwa themenspezifische Projekte und Veranstaltungen organisatorisch und finanziell unterstützt, geeignete Kooperationspartner und -partnerinnen vermittelt oder Unterstützung bei der Professionalisierung von Initiativen und Vereinen geleistet werden.

Für einen Ausbau und eine stärkere Bekanntmachung der verschiedenen engagierten Stellen sollen regelmäßige Netzwerktreffen wie der „Markt der Möglichkeiten“ in der Wewelsburg oder „Demokratiekonferenzen“ dienen. Außerdem soll das Netzwerk durch die Netzwerkkarte auf der Website www.vielfalt-lieben.de stärker wertgeschätzt und sichtbar gemacht werden.



UNSER DEMOKRATIE NETZWERK

Liegen dir Demokratie und Toleranz am Herzen oder setzt du dich aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein? Wenn du mit deiner Organisation oder deinem Projekt als Netzwerkpartner vorgestellt werden möchtest, nutze das folgende Formular und wir ergänzen dich in der Netzwerkkarte.

[zum Antragsformular](#)

3.3. Handlungsempfehlungen

Die von zivilgesellschaftlich und hauptamtlich Aktiven erarbeiteten Handlungsziele und -empfehlungen sind unterteilt in fünf gesellschaftliche Handlungsfelder und nehmen Bezug auf die in den jeweiligen Feldern konkreten Problemlagen und Handlungsbedarfe. Neben diesen Handlungsfeldern gibt es übergeordnete Ziele und Handlungsempfehlungen, die bei der Umsetzung des Handlungskonzeptes im Vordergrund stehen und dessen Rahmen bilden.

Übergeordnete Handlungsziele



Übergeordnete Handlungsempfehlungen



3.3.1. Erziehung und Bildung

Das Handlungsfeld „Erziehung und Bildung“ legt seinen Fokus auf KiTas sowie schulische und außerschulische Bildungsinstitutionen. In ihrem Bestreben mündige und kritische Bürger heranzuziehen bilden diese einen wichtigen Baustein in der Rassismus- und Rechtsextremismusprävention. Als Treffpunkt von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten sind sie besonders gefragt, sich kritisch mit dem Thema Rassismus auseinanderzusetzen und diesem präventiv entgegenzuwirken. Gerade während der Identitätsfindung und -bildung sind junge Menschen sensibel und zugänglich für simple und undifferenzierte Wert- und Weltbilder, wie sie insbesondere von antidemokratischen Strömungen oftmals postuliert werden. Entsprechend sind frühzeitig ansetzende pädagogisch-präventive Maßnahmen wie beispielsweise Aufklärungsarbeit zu rechtsextremen Parolen und Zeichen, die Förderung von Medienkompetenz sowie Besuche von Gedenkstätten von besonderer Bedeutung. Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit, das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten und -alternativen sowie die Förderung von kritischer Reflexion und Courage sollten also zentrale Bausteine in der Arbeit von schulischen und außerschulischen Bildungsinstitutionen darstellen. Die nachfolgenden Maßnahmen legen deshalb den Fokus nicht nur auf junge, heranwachsende Menschen, sondern insbesondere auch auf pädagogische Fachkräfte in den verschiedenen Institutionen in ihrer Funktion als Multiplikatoren und Multiplikatorinnen.

1. Handlungsempfehlung

Es fehlt an Wissen zu Angeboten für Schulen im Bereich Rechtsextremismus- und Rassismusprävention.

BEDARF

- **Transparenz über Angebote für Schulen schaffen**
- **Sensibilisierungsarbeit in Schulen vorantreiben**
- **Angebotslücken erkennen und schließen**

ZIELE

Um Schulen und Lehrkräfte zu entlasten und die Sensibilisierungsarbeit in Schulen voranzutreiben, soll ein Angebotskatalog für Schulen erarbeitet und an diese verteilt sowie online zur Verfügung gestellt werden. Der Katalog soll einen Überblick über Angebote von außerschulischen Bildungsträgern im Bereich Rechtsextremismus- und Rassismusprävention liefern und Informationen zu deren Kosten und jeweiligen Ansprechpersonen bereithalten. So sollen auch Maßnahmen besser untereinander abgestimmt und Angebotslücken gefüllt werden können. In einem nächsten Schritt kann der Katalog auch um Angebote für weitere Zielgruppen erweitert werden.

MAßNAHMEN

2. Handlungsempfehlung

Es fehlt Schulen an finanziellen Mitteln, um größere Projekte zur Rassismus- und Rechtsextremismusprävention durchzuführen.

BEDARF

- Schaffung von finanziellen Fördermöglichkeiten für Schulen für die Rechtsextremismus- und Rassismusprävention
- Sensibilisierungsarbeit in Schulen vorantreiben
- SoR-SmC-Netzwerke stärken und ausbauen

ZIELE

Über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die Website www.vielfalt-lieben.de gibt es für Fördervereine von Schulen die Möglichkeit Gelder für demokratiefördernde Projekte zu beantragen. Darüber hinaus stehen auch über NRWtoffen finanzielle Mittel zur Durchführung themenspezifischer Projekte an Schulen bereit, welche unkompliziert angefragt werden können. Hierfür soll insbesondere auch eine engere Kooperation mit „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ stattfinden, um das Engagement der teilnehmenden Schulen stärker zu fördern und das Netzwerk weiter auszubauen.

MAßNAHMEN

ERZIEHUNG UND BILDUNG

3. Handlungsempfehlung

Es fehlt an Weiterbildungsangeboten für pädagogische Fachkräfte in Schulen und KiTas, um deren Handlungskompetenz im Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus zu stärken.

BEDARF

- Schaffung neuer Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte in Schulen und KiTas
- Verstärkte Sensibilisierungsarbeit für pädagogische Fachkräfte
- Schließen von Angebotslücken

ZIELE

Um etwaige Lücken im Fortbildungsportfolio im Bereich der Rassismus- und Rechtsextremismusprävention zu füllen und neue Angebote zu institutionalisieren soll mit Kooperationspartnern und -partnerinnen wie etwa dem Lehrerkompetenzteam des Kreises Paderborn zusammengearbeitet und neue Schulungsangebote geschaffen werden. Dadurch soll perspektivisch ein möglichst großer Kreis an Lehrkräften und weitere pädagogische Fachkräfte weitergebildet werden, damit sie das Wissen in ihre jeweilige Einrichtung tragen können. Bestehende erfolgreiche Angebote für Schulen, wie etwa das pädagogische Bildungsangebot des Kreis-museums Wewelsburg, sollen weitergeführt und nach Bedarf ausgebaut werden.

MAßNAHMEN

ERZIEHUNG UND BILDUNG

3.3.2. Sport und Freizeit

Im Handlungsfeld „Sport und Freizeit“ liegt der Fokus hauptsächlich auf Sport bzw. Freizeitaktivitäten im sportlichen Bereich. Insbesondere diese Bereiche zeichnen sich durch einen sozial-integrativen Charakter aus. Im Sport bestenfalls gelebte Werte wie Chancengleichheit, Fairness und das Respektieren des Gegners können die Demokratieerziehung und damit die Präventionsarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit auf spielerische Art und Weise unterstützen. Als Treffpunkte für Menschen verschiedener Nationalitäten, Religionen und politischer Ansichten können Sportvereine ein Gefühl der Zugehörigkeit und Gemeinschaft vermitteln. Gleichzeitig kann dieses Gefühl der Zugehörigkeit und Gemeinschaft aber auch zu Abgrenzung und Ablehnung von Außenstehenden führen. Beispielsweise in Fußballstadien und Fankurven kommt es immer wieder zu rassistischen, fremdenfeindlichen, sexistischen oder homophoben Praxen von rechten Gruppierungen und Hooligans.

In Sportvereinen kommt insbesondere den Autoritätspersonen, wie Trainern und Trainerinnen, den Teamleitungen und Vorständen eine besondere Verantwortung bei der Prävention von Rechtsextremismus und Rassismus zu. Als Vorbilder können sie die Philosophie des Vereins und damit auch bestimmte Ansichten der Mitglieder maßgeblich beeinflussen. Damit Multiplikatoren und Multiplikatorinnen ihre Vorbildfunktion positiv ausfüllen können steht insbesondere die Sensibilisierung, Aufklärung und Stärkung der Handlungskompetenz dieser Zielgruppe im Fokus der präventiven Arbeit im Handlungsfeld „Sport und Freizeit“.

Trotz des Schwerpunktes auf Sport und sportliche Freizeitaktivitäten sollen generell auch kulturelle Freizeitaktivitäten wie Schützenfeste, Karneval oder Ähnliches bei der Sensibilisierungsarbeit mitgedacht werden.

1. Handlungsempfehlung

Es fehlt an Fachkenntnissen und Handlungskompetenzen zu (Alltags-) Rassismus bei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Sportvereinen im Kreis Paderborn.

BEDARF

- Ausbau und Förderung der Sensibilisierungsangebote für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen in Sportvereinen zu den Themen Rassismus und Rechtsextremismus
- Stärkung der Vorbildfunktion von Multiplikatoren und Multiplikatorinnen in Sportvereinen

ZIELE

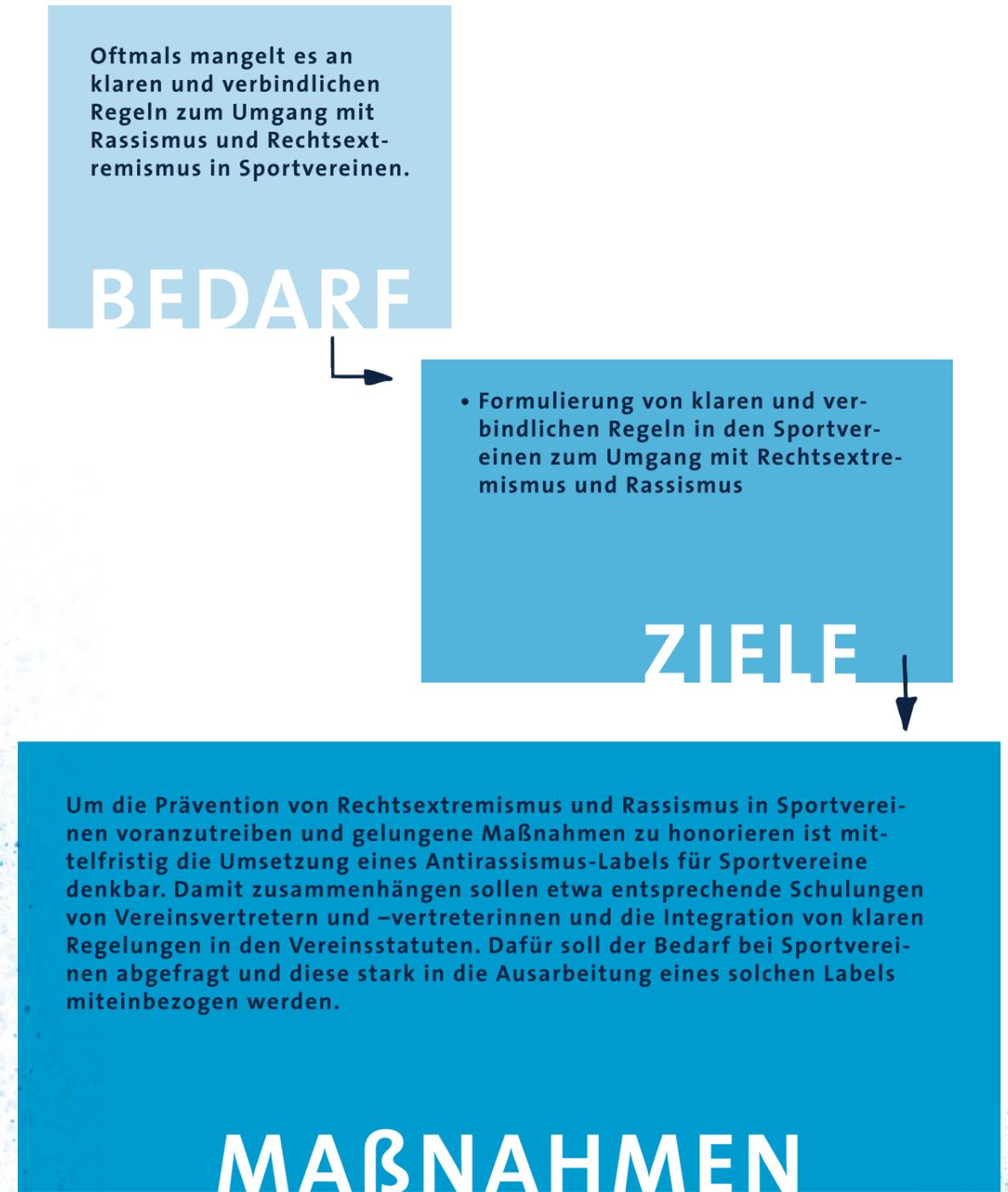
Im Kreis Paderborn gibt es ein breites Netzwerk an aktiven Sportvereinen, die größtenteils unter dem Dach des Kreissportbundes und des Stadtsportverbandes gebündelt werden. Diese sind gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern und -partnerinnen im Themenfeld Antidiskriminierung und rassismuskritischer Arbeit im sportlichen Bereich bereits sehr aktiv und führen zahlreiche erfolgreiche und hochwertige Projekte durch, die regelmäßig eine große Zahl der sportlich Aktiven im Kreisgebiet erreichen können. Um dieses Engagement auch zukünftig aufrecht zu erhalten, gilt es, diese Institutionen bei ihren Unternehmungen im Bereich der Sensibilisierung zu den Themen Rechtsextremismus und Rassismus auch weiterhin organisatorisch und finanziell zu unterstützen und zu fördern.

MAßNAHMEN

2. Handlungsempfehlung



3. Handlungsempfehlung



3.3.3. Medien und Kultur

Das Internet und die sozialen Medien sind einem immer schnelleren Wandel unterworfen und erreichen heute eine große Anzahl von insbesondere jungen Menschen. Auch rechte Akteure und Akteurinnen machen sich die Möglichkeiten der Digitalisierung immer stärker zunutze und haben mittlerweile eine hohe Professionalität in diesem Bereich entwickelt. Im Internet, in sozialen Plattformen, auf Videoplattformen und in Blogs kommen so gerade Jugendliche und junge Erwachsene leicht mit rechtsextremer Ideologie in Berührung. Rechtsextreme Musikgruppen nutzen das Internet zum Vertrieb ihrer Musik und Onlinehändler verkaufen rechte Devotionalien wie Kleidung und Accessoires. Auch rechte Organisationen und Vereinigungen nutzen das Internet für die Verbreitung ihrer Propaganda und geben sich dabei oft bewusst modern und bieten so niedrigschwellige und scheinbar unverfängliche Zugänge zu rechter Ideologie. Dabei sind rechte Inhalte nicht immer auf den ersten Blick zu erkennen, sondern sie werden subtil vermittelt. Kommentarspalten werden unter dem Deckmantel der vermeintlichen Anonymität und Straffreiheit so zu Sammelbecken fremdenfeindlicher, sexistischer, antisemitischer und homophober Äußerungen.

Durch stetigen technologischen Fortschritt und den schnellen Wandel ist die Überwachung des digitalen Raumes in seiner Gesamtheit durch Einzelpersonen und Politik schwer durchführbar. Im medialen Bereich steht bei der Sensibilisierungsarbeit deshalb insbesondere die Vermittlung von kritischer Medienkompetenz im Fokus der präventiven Arbeit, so dass die Zielgruppen schädigende von wertvollen Inhalten und Fakten von Unwahrheiten selbst unterscheiden können.

Außerdem stehen insbesondere Maßnahmen zur Nutzung der digitalen Angebote zur Verbesserung der Vernetzung und Sichtbarmachung der verschiedenen im Themenfeld Aktiven im Kreis Paderborn im Vordergrund. Darüber hinaus sollen durch verschiedene Aktionen die Sichtbarmachung von Gemeinsamkeiten gefördert werden, um so die allgemeine Kulturdynamik zu verbessern.

1. Handlungsempfehlung

Sensibilisierung im Bereich der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention findet meist im institutionellen Rahmen statt. Im Freizeitbereich wird darüber zu wenig aufgeklärt.

BEDARF

- Menschen bei der Sensibilisierungsarbeit im Alltag erreichen
- Neue Zielgruppen bei der Sensibilisierungsarbeit erreichen
- Kritische Medienkompetenz fördern

ZIELE

Kunst, Kultur und neue Medien haben die Möglichkeit, schwierige Themen auf besondere Weise einem breiten und diversen Publikum zugänglich zu machen. Deswegen sollen themenspezifische Veranstaltungen wie Lesungen, Theater, Kabarett, aber auch Aktionen über soziale Medien verstärkt organisiert und gefördert werden. Regelmäßige Vortrags- und Fortbildungsreihen zu verschiedenen Themen und an verschiedenen Orten sollen ein diverses Publikum ansprechen und Aktiven aus verschiedenen Bereichen die Möglichkeit bieten, sich vorzustellen. Dabei sollen insbesondere auch Fortbildungsmöglichkeiten zu kritischer Medienkompetenz und zu Verschwörungserzählungen vorgestellt und angeboten werden. Diverse Ausstellungen können außerdem die Geschichte und Kultur der verschiedenen Bewohnerinnen und Bewohner des Kreises Paderborn veranschaulichen und erklären.

MAßNAHMEN

2. Handlungsempfehlung

Im Kreis Paderborn sind diverse Initiativen und Personen im Themenfeld Rechtsextremismus- und Rassismusprävention aktiv. Diese sind allerdings teilweise unzureichend vernetzt und nicht im Austausch.

BEDARF

- Förderung der Vernetzung und des regelmäßigen Austausches aller im Themenfeld aktiven Initiativen und Personen

ZIELE

Durch das DemokratieBüro sollen regelmäßige Vernetzungsveranstaltungen organisiert werden. Bei diesen Veranstaltungen (etwa Markt der Möglichkeiten, Demokratiekonferenzen, Aktionswochen gegen Rassismus etc.) sollen die verschiedenen Aktiven die Möglichkeit bekommen, sich kennenzulernen und ihre Arbeit vorzustellen. Dadurch soll ein Austausch über zurückliegende und geplante Aktionen und eine gemeinsame Abstimmung von Maßnahmen sichergestellt werden, Parallelstrukturen vermieden und etwaige Angebotslücken aufgefüllt werden.

MAßNAHMEN

MEDIEN UND KULTUR

3. Handlungsempfehlung

Bislang gibt es keine umfangreiche Übersicht von Akteuren und Akteurinnen aus dem Themenfeld und deren Maßnahmen.

BEDARF

- Sichtbarmachung und Vernetzung der Akteure und Akteurinnen im Themenfeld (durch digitale Infrastruktur)
- Erstellung und Verbreitung eines Maßnahmenkatalogs

ZIELE

Die Webseite „www.vielfalt-lieben.de“ wurde Anfang 2020 online gestellt und ist der digitale Zusammenschluss der Projekte NRWeltoffen und Demokratie leben! im Kreis Paderborn. Auf der Netzwerkseite der Homepage haben Institutionen aus der Präventionsarbeit die Möglichkeit, ihre Arbeit vorzustellen und ihre Kontaktdaten zu hinterlassen. Eine Karte zeigt ihren Standort an. Im Veranstaltungskalender können außerdem alle themenrelevanten Veranstaltungen zentral beworben werden. So soll langfristig und dauerhaft eine Übersicht über gelaufene und anstehende Maßnahmen in der Präventionsarbeit entstehen und öffentlich einsehbar sein. Die Webseite soll in Zukunft immer weiter ausgebaut und für die Bedürfnisse der verschiedenen Engagierten nutzbar gemacht werden.

MAßNAHMEN

MEDIEN UND KULTUR

3.3.4. Sicherheit und Ordnung

Verfassungsschutz, Polizei und Ordnungsämter haben die Aufgabe, die Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, die freiheitliche, demokratische Grundordnung zu überwachen und die Ordnung auf allen gesellschaftlichen und institutionellen Ebenen sicherzustellen. Dabei haben die Sicherheitsbehörden, aber auch die öffentlichen Behörden allgemein, eine besondere Vorbildfunktion. Dementsprechend gilt es für öffentliche Ämter sich auch bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus dieser Vorbildfunktion bewusst zu sein, sich aktiv damit zu beschäftigen und diese Bemühungen auch in die Öffentlichkeit zu spiegeln.

Bezogen auf die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus gehören dabei die Vorbeugung gegen antidemokratische und rassistische Handlungen und Äußerungsformen, die Bekämpfung von rechtsextremistisch motivierten Straftaten, sowie die Vermeidung des institutionellen Rassismus zu den Schwerpunkten dieses Handlungsfeldes.

Für die Umsetzung der genannten Schwerpunkte bedarf es der Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit, der Förderung von interkultureller Kompetenz sowie Engagement und Wachsamkeit unter den Fachkräften der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Bei der effektiven Bekämpfung von Rechtsextremismus und Alltagsrassismus sowie der Stärkung demokratischer Kräfte ist das gemeinsame Wirken von Staat und Zivilgesellschaft eine Voraussetzung. Darüber hinaus soll die Zivilcourage gestärkt, Öffentlichkeitsarbeit gefördert und Beratungsstrukturen aufgebaut bzw. weiterentwickelt werden.

1. Handlungsempfehlung

Es mangelt an Transparenz über bestehende Melde-, Beschwerde- und Beratungsstellen, bei denen rechtsextremistisch und rassistisch motivierte Fälle gemeldet bzw. Betroffene Hilfe erhalten können.

BEDARF

- Schaffung von Transparenz über Melde-, Beschwerde- und Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt

ZIELE

Für Betroffene von rechter Gewalt ist es wichtig, schnell und möglichst unbürokratisch Hilfe zu bekommen. Dafür gibt es verschiedene hauptamtliche und zivilgesellschaftliche Anlaufstellen, die lokal oder auch überregional Hilfe und Beratung versprechen. Um diese Vielzahl an bestehenden Angeboten zu strukturieren und bekannter zu machen, soll ein Wegweiser für Betroffene von rechter Gewalt entstehen. Dieser Wegweiser soll das Angebot der jeweiligen Institution bündig zusammenfassen und die Kontaktdaten öffentlich machen. Insbesondere auch online soll dieser Wegweiser bereitgestellt werden und damit eine leicht auffindbare Übersicht bieten.

MAßNAHMEN

2. Handlungsempfehlung



SICHERHEIT UND ORDNUNG

3. Handlungsempfehlung



SICHERHEIT UND ORDNUNG

3.3.5. Integration, Emanzipation und Religion

Artikel 3 des Grundgesetzes besagt: „Niemand darf wegen seines Glaubens, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Damit soll der Schutz von Minderheiten sichergestellt und Diskriminierungen verhindert werden. Diese sind meist Symptom von ungleichen Machtgefügen. Minderheiten werden ihre Rechte abgesprochen, sie werden als nicht dazugehörig und ungleich deklariert und es kommt so zu Machtgefällen und Diskriminierungen. Dabei fußen diese Machtgefälle meist auf fiktiven Annahmen und Vorurteilen, die Ängste vor dem Verlust des eigenen Machtanspruchs schüren oder schüren sollen. Die Ausgrenzung und Ungleichbehandlung vermeintlich fremder Gruppen dient so letztendlich einem fiktiven Konstrukt zur Sicherung des eigenen Machtanspruchs. Das Handlungsfeld „Integration, Emanzipation und Religion“ ist aufgrund der häufigen Verschränkung und Intersektionalität verschiedener Diskriminierungsformen weit gefasst. Die Handlungsmaßnahmen zielen grundsätzlich darauf ab, dass Vorurteile und falsche Annahmen über religiöse, geschlechtliche, sexuelle oder kulturelle Minderheiten nicht reproduziert werden und zu Diskriminierung dieser vermeintlichen Minderheiten führen. Bevorzugtes Mittel ist dabei die Wissensvermittlung und Sensibilisierung bestimmter Zielgruppen als auch der Allgemeinheit. Durch das Aufklären und Zusammenführen verschiedener Gruppierungen sollen Vorurteile abgebaut werden bzw. gar nicht erst aufkommen. Dazu gehören auch das Stärken von Minderheiten und die Bewusstmachung ihrer Rechte, um so eine Emanzipation zu erreichen, die letztendlich zur gerechten Gleichbehandlung aller Gesellschaftsmitglieder führt.

1. Handlungsempfehlung

In rechtsextremen und rassistischen Ideologien sind oftmals verschiedene Diskriminierungsformen miteinander verschränkt. Bei der rassismuskritischen Arbeit gilt es, diese mitzudenken.

BEDARF

- **Aufklärung und Sensibilisierung über verschiedene Diskriminierungsformen und deren Intersektionalität**

ZIELE

Wenn es um die Diskriminierung von Menschen und Menschengruppen geht, sind oftmals verschiedene Formen der Diskriminierung miteinander verschränkt. Deswegen sollte eine gesellschaftliche Sensibilisierung nicht bei Rassismus aufhören, sondern auch aufklären über Diskriminierungsformen etwa aufgrund von Religion, sexueller Ausrichtung und dem Geschlecht. Dazu können Vortrags- und Workshopreihen zu verschiedenen Themen beitragen. Dabei sollten möglichst viele Kooperationspartnerinnen und -partner einbezogen werden, um ein breites thematisches Spektrum abbilden zu können und viele Zielgruppen anzusprechen.

MAßNAHMEN

2. Handlungsempfehlung

Es mangelt an ausreichender Vernetzung und Unterstützung der aktiven Strukturen in der interreligiösen sowie der Antidiskriminierungsarbeit.

BEDARF

- Förderung der Vernetzung und Unterstützung der aktiven Strukturen in der interreligiösen sowie der Antidiskriminierungsarbeit

ZIELE

Es gibt bereits viele zivilgesellschaftlich Engagierte und Institutionen, die Angebote zur Prävention von Diskriminierung bereithalten. Die Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit der Caritas etwa führt zahlreiche erfolgreiche Präventions- und Sensibilisierungsprojekte durch, das Kommunale Integrationszentrum fördert Ehrenamtliche bei der Qualifizierung sowie bei der Informations- und Wissensvermittlung und das Forum der Religionen richtet die jährliche interkulturelle Woche mit diversen Veranstaltungen aus. Hier gilt es die Kooperationen mit diesen und weiteren Trägern auf- und auszubauen und engagierte Stellen bei ihrer Arbeit organisatorisch aber gegebenenfalls auch finanziell stärker zu unterstützen.

MAßNAHMEN

3. Handlungsempfehlung

Insbesondere für Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind die Zugänge zu Bildungs- und Stellenangeboten teilweise erschwert.

BEDARF

- Förderung der beruflichen Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte
- Förderung von interkulturellen Öffnungsprozessen in der Berufswelt

ZIELE

Für eine gerechte gesellschaftliche Teilhabe ist der gleiche Zugang zu Arbeits- und Bildungsangeboten enorm wichtig. Um diesen zu gewährleisten soll breit über das Allgemeine Gleichstellungsgesetz informiert werden. Außerdem sollen verstärkt Maßnahmen für die Verbesserung der interkulturellen Öffnungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt ausgearbeitet und initiiert werden.

MAßNAHMEN

4. Problemaufriss: Rassismus und rechte Strukturen im Kreis Paderborn

Das Landesprogramm „NRWeltoffen: Lokales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ will bei der Thematisierung von Rassismus alle Bevölkerungsschichten in den Blick nehmen und sich ausdrücklich nicht auf das Wirken rechtsextremer Organisationen und Strukturen beschränken. Die primäre Prävention, also die Verhinderung von gesellschaftlichen Missständen bevor diese zutage treten, steht klar im Fokus.

Rassistische Denk- und Handlungsmuster gehen nicht allein von der extremen Rechten aus, sondern finden sich in verschiedenen Abstufungen und Facetten in allen Bevölkerungsschichten wieder. Obwohl Rassismus ein zentraler Aspekt rechtsextremer Ideologie ist, ist er nicht auf Rechtsextremismus begrenzt und muss auf allen gesellschaftlichen Ebenen thematisiert werden.

Rassismus liegt vor, wenn bei einzelnen Menschen oder Gruppen aufgrund von bestimmten äußerlichen Merkmalen wie etwa Körpergröße, Sprache oder Haut- und Haarfarbe eine bestimmte Abstammung bzw. Herkunft behauptet wird und diese Menschen aufgrund dessen Abwertung und Diskriminierung erfahren. Der Begriff der Rasse ist dabei immer ein Konstrukt, welches weder auf biologischen noch soziologischen Tatsachen fußt. Das Aussehen wird mit grundsätzlichen menschlichen Eigenschaften und Fähigkeiten gleichgesetzt, wobei vermeintlich fremde Merkmale als weniger wert eingestuft werden. Dabei geschehen rassistische Verhaltensweisen nicht immer bewusst, sondern sie sind normalisierten, alltäglichen Handlungsabläufen immanent und damit gesellschaftlich institutionalisiert, ohne dass sie als solche erkannt und benannt werden. Dies kann etwa zur Benachteiligung bestimmter Menschen und Menschengruppen bei der politischen Beteiligung, im Bildungssystem und auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt führen. Solche institutionalisierten Mechanismen aufzudecken und zu thematisieren ist wichtiger Bestandteil einer wirksamen Prävention.

Anders als der ursprüngliche Begriff Rassismus vermuten lässt, werden diskriminierende und abwertende Unterscheidungen heutzutage immer seltener wegen einer vermeintlichen „Rassenzugehörigkeit“, sondern wegen einer meist von außen getätigten Zugehörigkeitszuschreibung zu bestimmten Kulturkreisen oder Religionen gemacht. Deshalb hat sich für abwertende Unterscheidungspraxen aufgrund von Körperlichkeiten, Sexualität oder Religiosität mittlerweile der Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit durchgesetzt, der etwa auch die Ablehnung von Obdachlosen, Behinderten und Arbeitslosen umfasst. Auch bei der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit führen körperliche Merkmale, die ethnische Herkunft, die Staatsangehörigkeit, sexuelle Präferenzen, kulturelle Eigenheiten oder die religiöse Zugehörigkeit zu einer Unterscheidungspraxis, die Menschen als vermeintlich fremd und damit als weniger wert klassifizieren.

Das Handlungskonzept legt den Fokus auf die primäre Prävention und hat nicht den Versuch zum Ziel, Menschen mit geschlossen rechtsextremen Weltbildern zu bekehren. Für solche Fälle gibt es kompetente Anlaufstellen, die am Ende des Handlungskonzeptes aufgelistet sind. Nichtsdestotrotz soll hier ein kurzer Aufriss

über rechte und extrem rechte Strukturen im Kreis Paderborn geliefert werden. Dieser ist mit Unterstützung der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold erarbeitet worden und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Identitäre Bewegung (IB)

Ursprünglich aus Frankreich, ist die Identitäre Bewegung seit 2014 auch in Deutschland vereinsrechtlich registriert. Der Vereinssitz war dabei anfänglich Paderborn. Grund dafür war der Wohnsitz des Vorsitzenden der IB Niels Altmieks in Altenbeken. Weitere fünf der insgesamt sieben Gründungsmitglieder hatten oder haben ihren Wohnsitz in Paderborn, Salzkotten und Büren. Auch das bundesweite Spendenkonto des Vereins liegt seitdem bei der Sparkasse Paderborn-Detmold. Bemühungen der Sparkasse, dagegen gerichtlich vorzugehen, sind bislang gescheitert.

2016 wurde der Vereinssitz nach Rostock verlegt, wo mit Daniel Fiß bis Oktober 2019 auch der Vorsitz der Identitären Bewegung gelagert war. Etwa zeitgleich mit dem Rücktritt von Daniel Fiß, wurde der Vereinssitz im Januar 2020 nach Obernudorf-Salzkotten verlegt und befindet sich damit nun wieder im Kreis Paderborn. Insbesondere Martin Küsterarend, der 2014 auch den Kreisjugendverband der AfD mitgründete, zeichnet sich für diese Verlegung verantwortlich.

Bei der Identitären Bewegung handelt es sich im Wesentlichen um einen losen Verbund von Aktivisten, die in lokalen Gruppen vor Ort agieren. In NRW zählt der Verfassungsschutz im Jahr 2018 25 Aktivisten zuzüglich etwa 50 aktionsorientierte Sympathisanten. Bundesweit sind es etwa 600 Mitglieder.

Ideologisch vertritt die IB die Idee des Ethnopluralismus, eine modernisierte Form völkischer Ideologien. Dabei wird eine Vermischung vermeintlicher Ethnien abgelehnt und ethnisch homogene Nationen gefordert. Diesem Verständnis folgend, sind die Aktionen der IB geprägt von rassistischen Positionen, die Minderheiten ausgrenzen. Die IB gibt sich modern und hat eine prägnante Symbolik entwickelt, die vorwiegend junge Menschen mit gutem Bildungsniveau ansprechen soll. Sie setzt auf öffentlichkeitswirksame Aktionsformen.

2019 hat der Verfassungsschutz die Identitäre Bewegung als klar rechtsextremistisch eingestuft, was eine nachrichtendienstliche Beobachtung ermöglicht.

Im Kreis Paderborn hatte die Identitäre Bewegung 2016 ihren letzten öffentlichkeitswirksamen Auftritt, als bei einem Stadtfest in Paderborn Informationsflyer und Pfefferspray verteilt wurden.

Auch wenn die Einstufung des Verfassungsschutzes und die Sperrung zahlreicher Kanäle in den sozialen Medien zu einer Verminderung der öffentlichen Aktivität der Identitären Bewegung geführt hat, zeigt die neuerliche Verlegung des Vereinssitzes nach Salzkotten, dass die Strukturen auch im Kreis Paderborn noch immer Bestand haben.

Reichsbürger

2013 wurde die „Gemeinde Neuhaus“ mit Sitz in Schloß Neuhaus ausgerufen. Laut eigener Aussage beruft sie sich auf die Gesetze von vor 1914 und auf die Verfassung Preußens von 1850. Die Bundesrepublik Deutschland lehnt sie als nicht legitimes Konstrukt ab. Ihr wichtigstes erklärtes Ziel ist ein „Friedensvertrag“, um den vermeintlichen Kriegs- und Belagerungszustand Deutschlands aufheben zu können. Neben einer Petition, um diesen „Friedensvertrag“ zu beantragen, veröffentlichte die „Gemeinde Neuhaus“ zwischenzeitlich auch die Petition „Gemeinsame Erklärung“. Die „Gemeinsame Erklärung“ ist eine Petition von 2018 mit, laut eigener Aussage, über 165.316 Unterstützern, darunter etwa Thilo Sarrazin und Uwe Tellkamp. Unterschrieben werden kann dort der Text: „Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“ Ob die Verfasser der Petition und die „Gemeinde Neuhaus“ dabei die gleiche Vorstellung einer rechtsstaatlichen Ordnung teilen, darf zumindest angezweifelt werden.

Der Verfassungsschutz NRW zählt der Reichsbürger-Ideologie im Jahr 2018 etwa 3.200 Anhänger in Nordrhein-Westfalen zu. Dabei verfolgen diese teilweise komplett unterschiedliche Motive und Ziele. Laut Verfassungsschutz lässt sich die Reichsbürger-Szene idealtypischerweise in drei Motivgruppen unterteilen: Rechtsextremisten, Verschwörungstheoretiker und Personen, die sich finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Staat entziehen möchten. Dabei sind auch Überschneidungen durchaus üblich.

Wie viele Mitglieder die „Gemeinde Neuhaus“ aufweist, ist öffentlich nicht bekannt. Auch über Überschneidungen mit der rechtsextremistischen Szene gibt lediglich die Veröffentlichung der „Gemeinsamen Erklärung“ vage Hinweise.

Im November 2019 wurde bei einem Streifenpolizisten der Polizei Paderborn eine Nähe zur Reichsbürger-Szene bekannt. Dieser wurde daraufhin vom Dienst suspendiert und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Im September 2020 wurden auch gegen zwei seiner Kollegen Disziplinarverfahren eingeleitet, wobei diese im Zuge dessen nicht suspendiert wurden. Laut Medien wurde ein erstes Verfahren diesbezüglich Ende 2021 abgeschlossen und der entsprechende Beamte mit einer „Maßnahme“ geahndet. Verbindungen zur „Gemeinde Neuhaus“ sind bei diesen Fällen nicht bekannt geworden.

Wewelsburg

Neben dem Hermannsdenkmal und den Externsteinen im Kreis Lippe gehört auch die Wewelsburg im Kreis Paderborn zu beliebten Ausflugszielen der extremen Rechten und Rechtsextremisten. Grund dafür ist die Nutzung der Burg zwischen 1933 und 1945 als Versammlungsort der SS und die Pläne Heinrich Himmlers, sie zum Herrschaftsgebäude für die SS umzubauen. Eingebettet in eine Erinnerungs- und Gedenkstätte finden sich bis heute im Nordturm zwei aus dieser Zeit erhalte-

ne Räume: die sogenannte „Grufft“ und der „Obergruppenführersaal“. Insbesondere seit den 1990er Jahren ranken sich vermehrt rechte Verschwörungstheorien um diese beiden Räume. Vorrangig das von der SS in den oberen Saal eingelassene Bodenornament, das eine zwölfstrahlige Runen-Sonne zeigt, dient Rechtsextremisten als vermeintlicher Kraftpunkt. Ursprünglich ohne überlieferte Bedeutung, wurde das Ornament mittlerweile von rechten Kreisen als „Schwarze Sonne“ umgedeutet und hat sich international als Symbol und Erkennungszeichen von Rechtsextremisten etabliert. Es hat sich eine Deutung verselbständigt, die zwar einen fiktiven Ursprung hat, aber für Besucher und Besucherinnen des rechten Spektrums eine hohe Attraktivität aufweist und dafür sorgt, dass verstärkt versucht wird, die Wewelsburg für rechte Zwecke und Politik zu vereinnahmen. So existiert etwa ein Video von 2018, welches eine vermummte Gestalt vor der Wewelsburg zeigt, die sich selbst als Mitglied der „Atomwaffen Division“ ausgibt, einer ursprünglich aus Amerika stammenden rechtsextremen Organisation, die sich selbst für 2019 gegen Grünen-Politiker und Politikerinnen ausgesprochene Morddrohungen verantwortlich zeichnet.

Paderborner Domstädter

Die Paderborner Domstädter sind eine Gruppe von Fußballfans des SC Paderborn 07 unter welchen sich auch gewaltbereite Hooligans mit Verbindungen in die rechtsextremistische Szene finden. Auch unter dem Namen „Ackerjungs“ bekannt, wurden Mitgliedern der Domstädter neben Graffitis mit zum Teil gewaltverherrlichender und rechtsradikaler Symbolik in der Vergangenheit auch verbale und körperliche Attacken auf andersdenkende Menschen bzw. deren Treffpunkte zugesprochen. Über organisierte Aktionen der Domstädter gab es in den letzten Jahren keine öffentliche Meldung; auch die genaue Anzahl der Personen, die zum rechten Kern gezählt werden können, ist öffentlich nicht bekannt.

Alternativer Kulturkongress Deutschland e.V. (AKD)

Der Alternative Kulturkongress Deutschland e.V. wurde im Februar 2016 gegründet. Sitz des Vereins ist Paderborn und Vorsitzender ist Matthias Tegethoff; ehemaliger Beisitzer des AfD Kreisverbandes Paderborn.

Selbst formulierter Zweck des Vereins ist die Förderung, der Schutz und der Erhalt von Kultur und Kulturbewusstsein. Als Gefahren für Kultur und das Kulturbewusstsein werden auf der Internetseite des Vereins etwa die vermeintliche Einschränkung der Redefreiheit durch den Bundestag oder die manipulative Meinungsbildung der Gesellschaft durch Bildungsstätten, Medien und Wirtschaftsvertreter ausgemacht. Die deutsche Demokratie wird als „lobbyistische Oligarchie“ bezeichnet, in der die Bürger kein Mitspracherecht mehr hätten. Zur Deutung einer abendländischen Kultur wird der nationalistische und antidemokratische Kulturkritiker Oswald Spengler herangezogen, Integration wird als flächendeckend gescheitert bezeichnet, die deutsche Erinnerungskultur als „historischer Tunnelblick“ mit alleinigem Fokus auf den Nationalsozialismus beschrieben, die Schuld Deutschlands

für den zweiten Weltkrieg wird zumindest in Frage gestellt und Globalisierung, „Multikulturalismus“ und „Gendermainstream“ werden als „Kulturhijacking“ klassifiziert. Damit reproduziert der Verein gängige rechte Ideologien. Um die Menschen für diese vermeintlichen Probleme zu sensibilisieren, möchte der Alternative Kulturkongress Plattformen schaffen, auf denen sich gleichgesinnte Menschen ohne Angst vor politischer Korrektheit austauschen können, um ein mutmaßlich ausschließlich elitäres Parteiensystem durchleuchten zu können. Dafür werden etwa Vorträge, Exkursionen, Stammtische und Podiumsdiskussionen organisiert. Als Veranstaltungsort ist dabei grundsätzlich Ostwestfalen-Lippe angegeben, wobei der tatsächliche Veranstaltungsort den Teilnehmenden erst kurz vor Beginn bekannt gegeben wird, um Gegendemonstrationen zu verhindern. In Anlehnung an das Hermannsdenkmal hat so 2018 erstmals das „Hermannstreffen“ in Augustdorf stattgefunden. Als Redner waren dort u.a. Björn Höcke und Andreas Kalbitz vor Ort. Auch bei der zweiten Auflage, die im Dezember 2019 in Schloß Holte-Stukenbrock unter dem Motto „Deutsche Souveränität und deutsche Interessen“ stattfand, waren größtenteils Gastredner eingeladen, die dem ehemaligen „Flügel“ der AfD zuzuordnen sind. Darunter waren etwa Oliver Kirchner, Christian Blex, Dubravko Mandic und Jens Kestner. Der „Flügel“ der AfD wird vom Verfassungsschutz seit März 2020 als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ eingestuft. Kurz darauf hat sich der „Flügel“ zumindest formell aufgelöst. Neben dem „Hermannstreffen“ fand 2019 außerdem eine Podiumsdiskussion zum Thema „Medienkrieg – Feldzug gegen die Meinungsfreiheit statt“. Eingeladen waren hierzu neben Christian Blex der rechte Medienanwalt Christian Stahl sowie rechte Youtuber und Blogger wie Michael Stürzenberger, Oliver Flesch und Tim Kellner. 2020 fanden lediglich ein „Kulturstammtisch“ sowie ein „Kulturwandertag“ statt, 2021 mehrere sogenannte „Kulturstammtische“.

Tim Kellner

Tim Kellner ist ein in Horn-Bad Meinberg ansässiger rechter Youtuber und Autor. Neben sogenannten „Polit-Talks“, in denen er etwa mit Matthias Tegethoff über politische Themen diskutiert, produziert Tim Kellner hauptsächlich eigene Beiträge und bespielt damit verschiedene soziale Medien wie Facebook und Youtube. Tim Kellner war Polizist im Kreis Lippe, bevor er wegen gefährlicher Körperverletzung neun Monate lang in Haft saß und vom Dienst suspendiert wurde. In autobiographischen Büchern stellt er sich als Opfer einer Polizei-Intrige dar, versucht die Rockerszene in ein positiveres Licht zu rücken und schildert seine Meinung über den vermeintlichen Niedergang Deutschlands. Schon während seiner Zeit bei der Polizei hat er Kontakte ins Rockermilieu geknüpft und gründete 2015 den Biker-Club Brothers MC Salt City mit Sitz in Horn in Ostwestfalen-Lippe. Seit 2016 teilt Kellner regelmäßig Beiträge bei Facebook, Youtube und Telegram. Dabei werden Geflüchtete, Feministinnen und Feministen sowie Aktive aus der Klimabewegung regelmäßig dehumanisiert. Als Feindbilder werden insbesondere

wirkmächtige und in der Öffentlichkeit stehende Frauen wie die Klimaaktivistin Greta Thunberg, die Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli oder neuerdings Annalena Baerbock stilisiert. Es wird ein vermeintlicher Kollaps Deutschlands beschwört, gegen den das Volk sich wehren müsse.

Um diese Wehrhaftigkeit zu demonstrieren, rief Kellner beispielsweise zu Mahnwachen in Paderborn auf. Bei insgesamt drei solcher Mahnwachen im Jahr 2019 schwankte die Teilnehmendenzahl zwischen 50 und 120. Auch wenn der Einfluss Kellners im Kreis Paderborn also eher gering zu sein scheint, ist seine bundesweite Reichweite doch enorm. So gehört Kellner zu den reichweitenstärksten rechten Youtubern Deutschlands.

Neben dem Teilen von Videos auf Youtube, hat Kellner seine eigene Webseite gegründet, über die er seine Beiträge veröffentlicht und einen eigenen Shop betreibt. 2018 gründete er außerdem die politische Liste „Für Die Eigenen“. Die Liste soll laut eigener Aussage als Netzwerk dienen für alle, „denen ihre Heimat und die Zukunft ihrer Kinder noch am Herzen liegt.“ Von den Unterzeichnern der Liste selbst scheinen keinerlei Aktivitäten auszugehen.

Anfang 2022 trat Kellner bei einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen als Redner auf.

Corona-Proteste

Mit der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zur Infektionsbekämpfung wurden seit 2020 auch regelmäßig Kundgebungen, Demonstrationen, Mahnwachen, Spaziergänge und Autokorsos im öffentlichen Raum als Protest gegen die Maßnahmen durchgeführt. Organisiert wurden diese Aktionen dabei größtenteils von einem losen Verbund, der sich selbst „Grundrechte Paderborn“ nennt. Im Telegram-Chat dieser Gruppierung finden sich gängige Narrative aus der sogenannten „Querdenker-Bewegung“. Antisemitische Verschwörungserzählungen wie etwa vom „Deep State“ oder dem „Great Reset“ werden regelmäßig sowohl von den Admins der Chatgruppe als auch von Chatmitgliedern geteilt. Als weitere Beispiele für den demokratiefeindlichen Grundtenor in der Gruppe kann genannt werden, dass Mitglieder der Bundesregierung als Faschisten beschimpft werden und das politische System in Deutschland als Diktatur bezeichnet wird. Auch Beiträge der AfD werden regelmäßig geteilt und verbreitet. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass in den verschiedenen Telegram-Gruppen von einzelnen Mitgliedern Ambitionen geäußert werden, freie Schulen gründen zu wollen um die eigenen Kinder aus dem schulischen Regelbetrieb nehmen zu können. Diese Überlegungen spiegeln die allgemeine Beobachtung wider, dass staatliche Institutionen von Corona-Leugner*innen zunehmend als unsichere und feindliche Orte wahrgenommen werden. An den eigentlichen Protestaktionen beteiligen sich regelmäßig Personen aus der überregionalen rechtsextremen Szene, wie etwa aus dem Umfeld des rechtsextremen Thule-Seminars oder der seit 2009 verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ). Am 03.01.2022 nahm zudem der bundesweit bekannte, rechte Youtuber Tim Kellner aus Horn-Bad Meinberg und andere Mitglieder seines Motorradclubs „Brothers MC“ an der Demonstration von Grundrechte Paderborn teil. Tim Kellner trat bei der Veranstaltung als Redner auf und kündigte an, fortan jede Woche an den Demonstrationen teilzunehmen. Auch wenn bei dem Organisator und Anmeldern der Veranstaltungen selbst keine Verbindungen bekannt sind, scheint die Teilnahme von bekannten Persönlichkeiten aus der rechtsextremen Szene an seinen Veranstaltungen bislang für ihn zumindest kein Problem darzustellen.

5. Lokale Anlaufstellen bei Fragen zu Rassismus und Rechtsextremismus

› Beratung und Begleitung bei Rechtsextremismus im eigenen Umfeld, Schule, Arbeit, Vereinen etc.:

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold
Arbeit und Leben DGB/VHS im Kreis Herford
Kreishausstr. 6, 32051 Herford
05221 17457-26
info@mbr-owl.de
<https://www.mbr-owl.de>

› Beratung und Begleitung im Falle von Diskriminierungen aufgrund der vermeintlichen ethnischen Herkunft oder Religion:

Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit – ADA
Caritasverband Paderborn e.V.
Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit
Langenohlgasse 2, 33098 Paderborn
0151 73068190
ada@caritas-pb.de

› Beratung und Begleitung bei rassistischer Gewalterfahrung:

Opferberatung Backup – Comeback
Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.
0172 1045432
Büro: 0231 95652482
contact@backup-nrw.org
<https://www.backup-nrw.org/>

› Ausstiegsberatung:

NinA NRW – Neue Wege in der Ausstiegsberatung für rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene RE/init e.V.
Helpline: 0176 93119765
nina.nrw@reinit.de
<http://www.nina-nrw.de/wordpress/>
www.twitter.com/nina_nrw
<https://www.facebook.com/nina.nrw.ausstiegsberatung/>

› Beratung zu Rassismus und Diskriminierung in der Schule:

Psychologische Beratungsstelle für Schule, Jugend und Familie Regionale Schulberatungsstelle
Riemekestraße 160
33102 Paderborn
05251 308-7721
schulberatungsstelle@kreis-paderborn.de

› Opferschutz für Kriminalitätsoffer und Gewaltprävention:

Opferschutz für Kriminalitätsoffer bei der Polizei Kreis Paderborn
05251 306-3901
opferschutz.paderborn@polizei.nrw.de

› Vermittlung von Ansprechpersonen, Unterstützung bei themenspezifischen Projekten:

DemokratieBüro Vielfalt-lieben.de
Burgwall 19
33142 Büren-Wewelsburg
02955 7622-17
info@vielfalt-lieben.de
<https://www.vielfalt-lieben.de>

Weitere Ansprechpartner und detaillierte Informationen zu diesen finden Sie unter: <https://www.vielfalt-lieben.de/vl/netzwerk/>.

Quellenverzeichnis

- <https://www.belltower.news/rechtsterrorismus-was-ist-die-atomwaffen-division-92643/> (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- <https://www.belltower.news/youtube-rechtsausen-tim-kellner-der-vorbestrafte-biker-mit-reichweite-91041/> (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- <https://www.erklaerung2018.de/> (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- <https://fuerdieeigenen.de/> (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- <https://gemeinde-neuhaus.de/> (zuletzt besucht: 22.12.2019)
- <https://gemeinde-neuhaus.de/petition.htm> (zuletzt besucht: 22.12.2019)
- https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/VS_Bericht_2018.pdf (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- <http://kulturkongress.net/> (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- <http://www.nrweltoffen.de/> (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- https://www.nw.de/lokal/kreis_paderborn/paderborn/20874574_Mitglieder-der-identitaeren-Bewegung-verteilen-Pfefferspray.html (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- https://www.nw.de/lokal/kreis_paderborn/paderborn/23163820_Corona-Spaziergang-in-Paderborn-Wer-laeuft-da-eigentlich-mit.html (zuletzt besucht: 22.02.2022)
- https://www.nw.de/nachrichten/thema/4187336_Wie-Rechtsextreme-im-Raum-Paderborn-vorgehen.html (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- <https://www.pro-de.tv/> (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- <https://www.radiohochstift.de/nachrichten/paderborn-hoexter/detailansicht/identitaere-bewegung-verlaesst-altenbeken.html> (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- <https://rkowl.blackblogs.org/2020/10/06/vereinssitz-der-identitaeren-bewegung-bei-martin-kuesterarend-in-oberntudorf-salzkotten/> (zuletzt besucht: 07.12.2021)
- <https://rkowl.blackblogs.org/2021/05/08/kurze-analyse-ein-jahr-grundrechte-paderborn/#more-1238> (zuletzt besucht: 22.02.2022)
- <https://www.tagesschau.de/regional/nordrheinwestfalen/reichsbuerger-paderborn-101.html> (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- <https://www.tim-k.com/> (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/presse/pm-20190308-konzentration-auf-die-beobachtung-der-verdachtsfaelle-der-fluegel-und-junge-alternative> (zuletzt besucht: 07.02.2020)
- <https://www.youtube.com/channel/UCOQFfcGRc886dXP2Oyt5OEg> (zuletzt besucht: 07.02.2020)



Für Notizen

Impressum

Kreis Paderborn

- Der Landrat -
Kreismuseum Wewelsburg
Burgwall 19, 33142 Büren-Wewelsburg
Telefon: 02955 7622-0
Telefax: 05251 308-894198
info@wewelsburg.de
www.wewelsburg.de

Demokratie-Büro „Vielfalt-lieben“

Burgwall 19 | 33142 Büren-Wewelsburg
Telefon: 02955 7622-17
info@vielfalt-lieben.de | www.vielfalt-lieben.de
@vielfalt_lieben_pb

NRWeltoffen

Milan Bachem | bachemm@kreis-paderborn.de
Demokratie leben!
Victoria Evers | demokratieleben@vielfalt-lieben.de

Text

Milan Bachem

Redaktion

Kirsten John-Stucke

Design

amy daramy | mediendesign

Stand

Februar 2022

